Südschleswigscher Wählerverband

Pressemitteilung
Kiel, 28.06.2022

Rettungsschwimmer*innen-Mangel in Kiel: Der Bund muss unterstützen

*Der Mangel an Rettungsschwimmer*innen in Kiel ist ein bundesweites strukturelles Problem, das sich – bedingt durch die Coronakrise – selbst verstärkt und dem wir in Kiel als Küstenstadt angesichts der beginnenden Badesaison dringend begegnen müssen. Dazu erklärt Marvin Stephan Schmidt, sozialpolitischer Sprecher der SSW-Ratsfraktion und Ortsbeiratsmitglied in Pries-Friedrichsort:*

„Es herrscht ein deutschlandweiter Mangel an ausgebildeten und verfügbaren Rettungschwimmer*innen. Gerade in Kiel, als Stadt mit mehreren öffentlichen Badestellen an der Förde ist der Mangel aber besonders augenfällig. In den vergangenen Jahren konnten aufgrund pandemiebedingt geschlossener Schwimmhallen viel weniger Rettungsschwimmer*innen ausgebildet werden, als wir jetzt brauchen. Das sorgt dafür, dass das vorhandene Personal überstrapaziert wird und gleichzeitig selbst kaum Gelegenheit hat, neue Leute auszubilden. Dieser Teufelskreis setzt sich fort.

Da es sich hier um eine ehrenamtliche Tätigkeit handelt, die sich die einzelnen auch vor dem Hintergrund stark steigender Verbraucher- und Energiepreise auch leisten können müssen, ist das Problem von den Kommunen allein längst nicht mehr lösbar. Die bestehenden Bestrebungen der Landeshauptstadt zur Attraktivierung des Ehrenamts reichen dafür nicht aus. Hier muss unbedingt Hilfe von der Bundesebene kommen.

Wir haben die Arbeitsbedingungen der Rettungsschwimmer*innen bereits seit unserer Kleinen Anfrage ‚Zustand der Wachtürme an Kieler Badestränden' (Drs. 0083/2022) auf dem Schirm. Die Selbstverwaltung und Verwaltung der Landeshauptstadt Kiel tut hier schon einiges, ist aber in der jetzigen Situation auf Hilfe von außerhalb angewiesen, damit wir eine

zufriedenstellende Situation an den Kieler Stränden erreichen können. Die Temperaturen steigen und es zieht Kieler*innen und Gäste an die Förde. Die Verwaltung muss jetzt ihre Bemühungen zur Ausbildung von Rettungsschwimmer*innen erhöhen und an den Badestellen auf die bestehende Überwachungssituation hinweisen. Damit wir Badeunfälle aber so gut es geht vermeiden können, brauchen wir dringend Unterstützung vom Bund.“